Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5653**

16. Wahlperiode 13. 06. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2507 –

Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhung

A. Problem

Der private Konsum werde durch die Anhebung des Mehrwertsteuer-Regelsatzes weiter geschwächt. Dies gefährde in Verbindung mit einer negativen Einkommensentwicklung, insbesondere bei Menschen mit niedrigem Einkommen, die Belebung der Konjunktur und das Ziel einer von der Bundesregierung angestrebten Konsolidierung des Staatshaushalts.

B. Lösung

Mit dem Antrag wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zurückzunehmen. Anstelle der Mehrwertsteuererhöhung sollten die Einnahmeseite des Staates durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer sowie der Unternehmensteuern insbesondere für Kapitalgesellschaften, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und eine Wiedereinführung der Vermögensteuer gestärkt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Angaben zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der mit der Vorlage angestrebten Maßnahmen sind in dem Antrag nicht aufgeführt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/2507 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Finanzausschuss

Eduard Oswald	**Manfred Kolbe**	**Dr. Barbara Höll**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Manfred Kolbe und Dr. Barbara Höll

1. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/2507** in seiner 55. Sitzung am 29. September 2006 dem Finanzausschuss federführend sowie dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 13. Juni 2007 abschließend beraten.

2. Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen in dem Antrag aus, die privaten Konsumausgaben könnten wegen der negativen Einkommensentwicklung in Deutschland, insbesondere bei Menschen mit niedrigem Einkommen, nicht den notwendigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Durch die Anhebung des Mehrwertsteuer-Regelsatzes, der wiederum besonders Menschen mit niedrigen Einkommen treffe, werde dies weiter verstärkt, da gerade von Beziehern niedriger Einkommen ein größerer Teil konsumiert werde, als dies bei hohen Einkommen der Fall sei. Dies führe zu einer sozialpolitischen Schieflage in Deutschland, die nicht nur den Konsum schwäche und damit die Konjunktur gefährde. Zudem werde auch das Ziel der Bundesregierung gefährdet, den Staatshaushalt zu konsolidieren. Im Weiteren verweisen die Antragsteller hierzu auf die Ausführungen der Deutschen Bundesbank in ihrem Monatsbericht von August 2006.

3. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

4. Empfehlung des federführenden Ausschusses

Die **Fraktion DIE LINKE.** verweist zur weiteren Begründung ihres Antrags auf die Debatte, die am 29. September 2006 anlässlich der ersten Lesung des Antrags im Plenum des Deutschen Bundestages stattfand. Die anderen im Ausschuss vertretenen Fraktionen verweisen ebenso auf die anlässlich der ersten Lesung des Antrags ausführlich stattgefundene öffentliche Aussprache.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Manfred Kolbe	**Dr. Barbara Höll**
Berichterstatter	Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333